

DER FRIEDENSPOKER IM ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKT

Viel wird geschrieben, viel wird spekuliert, wenn es um eine Friedensregelung im Nahen Osten geht. Es gibt schon fast eine endlose Kette an Versuchen, den gordischen Knoten einer Friedenslösung im israelisch-palästinensischen Konflikt zu durchschlagen. Doch bei allem Gezeter über Israels angeblichen Kolonialismus bis hin zu Apartheidvorwürfen bedenkt man nicht, daß es der Aggressivität vor allem durch Ägypten zuzuschreiben war, daß es überhaupt zum Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 kam. Es sei daran erinnert, daß der damalige Herrscher über Ägypten, Gamal Abdel-Nasser, zum Kriegszug gegen den verhaßten Judenstaat aufrief und den damaligen UN-Generalsekretär U.Thant ultimativ dazu aufforderte, die im Gazastreifen stationierten UN-Truppen abzuziehen, da er die Absicht habe, Israel militärisch anzugreifen. Ohne

Einberufung des UN-Sicherheitsrates verfügte Thant den Rückzug der Blauhelme. Zeitgleich ließ Nasser seine Truppen über den Suez-Kanal übersetzen und nahm Kurs auf Israels Stamm-land. Der damalige jordanische König Hussein fuhr eigens einen Tag vor Kriegsbeginn nach Kairo, um bei Nasser einen Militärpakt zu schließen.

So in die Enge getrieben, fuhr Israels Verteidigungsarmee dem Angreifer auf der Sinai-Halbinsel entgegen, zumal die Ägypter zuvor die Meerenge von Tiran und damit den Zugang israelischer Schiffe zum Hafen von Elath am Roten Meer blockierten. Wieder einmal fühlten sich die arabischen Anrainerstaaten Israels sicher, dem Staat Israel den Gar-aus machen zu können. Doch am 21.Mai 1967 betrat ich zum ersten Mal Jerusalem, wobei mich bei der Stadtbesichtigung Professor Dr. Jossi Rivlin und dessen

Frau Jael, Botschaftsrat und Leiter der Englischen Abteilung im Außenministerium, Leo Savir, und dessen Sohn Uri Savir begleiteten, der noch damals in die Schule ging und später Staatssekretär im israelischen Außenministerium wurde. Uri Savir war auch der israelische Delegationsleiter, der das spätere Oslo-Vertragswerk mit den Palästinensern aushandelte. Damals hielt ich ihn noch bei der Hand, später ging er dem „berüchtigten“ Judenmissionar Pülz aus dem Wege, um seine Berufskarriere nicht zu beschädigen. Mit seiner Schwester und deren Ehemann Jossi Rivlin verband uns dagegen eine lebenslange Freundschaft.

Ehe ich seinerzeit auf den Turm der Dormition Abbey auf den Zionsberg stieg, trennte ich mich von meinen Begleitern, weil ich allein sein wollte, wenn ich mich direkt an den HERRN wandte. Vom Turm aus blickte ich auf

ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Seit Jahrzehnten bekämpfen sich Palästinenser und Israelis. Viele Friedensinitiativen blieben erfolglos.

1974: Vor der UN-Vollversammlung bietet PLO-Chef Jassir Arafat Christen, Juden und Muslimen eine gleichberechtigte Koexistenz in einem „demokratischen Palästina“ an. Die UN bekräftigen das Recht der Palästinenser auf „nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung“.

1981: Der saudische König Fahd legt einen Acht-Punkte-Plan vor. Dazu zählen der Rückzug Israels aus den 1967 eroberten Gebieten und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Das Existenzrecht Israels wird indirekt anerkannt.

1989: Ägyptens Staatschef Husni Mubarak verlangt in seinem Plan die

Anerkennung des Prinzips „Land gegen Frieden“. Dabei geht es um einen Stopp des Siedlungsbaus und Verhandlungen mit der PLO.

1993: Israels Regierungschef Izchak Rabin und Arafat unterzeichneten die Oslo-Verträge mit Zugeständnissen beider Seiten und erhalten 1994 den Friedensnobelpreis. 1995 wird Rabin auf einer Friedenskundgebung in Tel Aviv von einem jüdischen Extremisten erschossen.

2000: Israels Ministerpräsident Ehud Barak und Arafat verhandeln in Camp David (USA) – ohne Ergebnis.

2007: Bush lädt Israels Regierungschef Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zu einer Konferenz in Annapolis (USA) ein. Vereinbart werden direkte Friedensgespräche, die

innerhalb eines Jahres eine Zwei-Staaten-Lösung herbeiführen sollen. Die Initiative scheitert wenig später.

2008: Nach einer neuen Eskalation der Gewalt treffen Abbas und Olmert in Jerusalem zusammen. Kurz danach startet Israel im Gazastreifen seine Militäroffensive „Gegossenes Blei“. 1400 Palästinenser sterben.

2012: Diplomatischer Triumph für Abbas: Die Vereinten Nationen erkennen Palästina als Beobachterstaat an. Israel antwortet mit einem neuen Siedlungsbauprogramm.

2013: US-Außenminister John Kerry bringt die Gegner im Juli wieder an den Verhandlungstisch. Nach Israels Ankündigung, seine Siedlungen massiv auszubauen, drohen die Palästinenser mit einem Abbruch der Gespräche. dpa

den Ostteil der Stadt, die seinerzeit noch jordanisch war. Mit lauter Stimme bat ich den gewaltigen Gott um Wiedervereinigung der Stadt Jerusalem und mit Blick in den Norden um Rückgabe des biblischen Judäa und Samaritanen. Drei Wochen später war dieses Gebet erhört worden, da inzwischen der Sechs-Tage-Krieg (milchemet scheschet ha-jamim) mit einem eindeutigen Sieg stattgefunden hatte.

Jerusalem, das 656mal in der Bibel, aber nicht ein einziges Mal im Koran erwähnt wird, wurde am 23.7.1980 mit dem „Jerusalem-Gesetz“ auch de-iure zur „ewigen Hauptstadt Israels“ erklärt. Daß gerade diese Stadt zum Zankapfel der Welt werden wird, sagte bereits Sacharja 12,3 voraus, wonach im biblischen Text „Jeruschala'im“ mit einem „ewen ma'amassah“ (Laststein) verglichen wird, an dem sich die Nationen die Hände wund reißen werden. Mit anderen Worten: nicht Menschen wird es möglich sein, einen endlichen Frieden mit Isra-

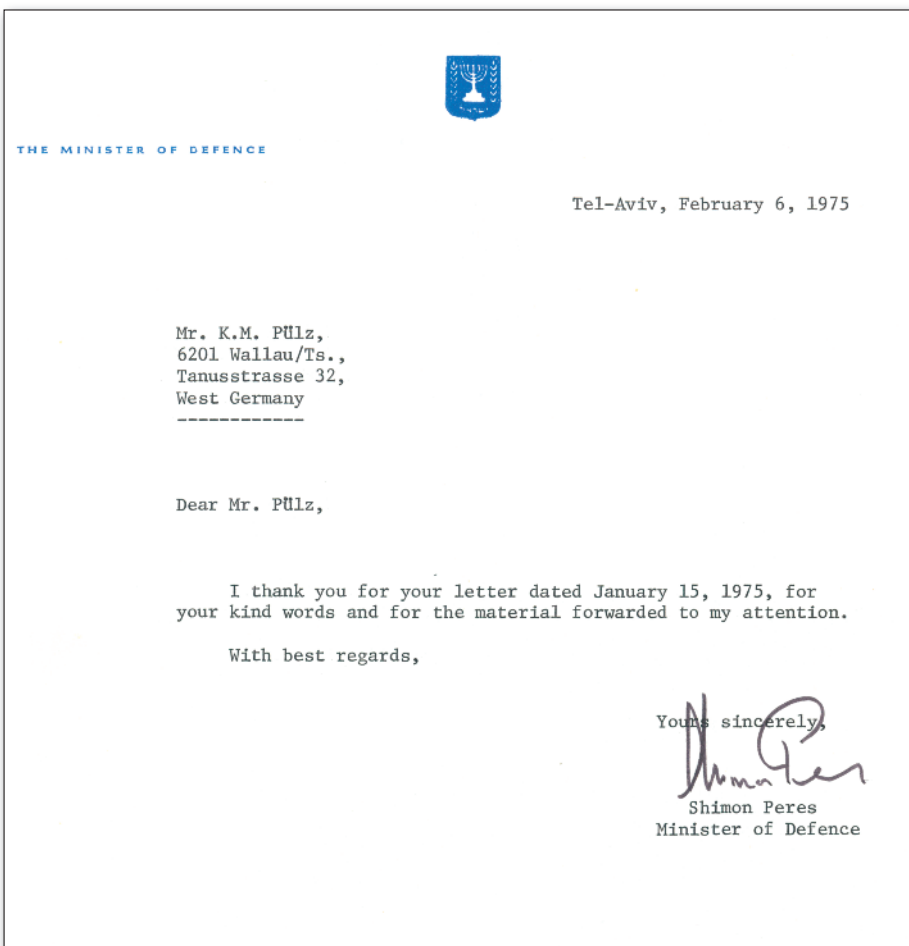
els Hauptstadt und dem ganzen Staat herbeizuführen, sondern dies wird allein dem wiederkommenden Messias Jeschua vorbehalten sein (Sach. 14,3ff.). Daß dies in der Zukunft geschehen wird, weist schon die Silbe „Je“ von Jeruschala'im hin, d.h. erst in der Zukunft wird diese Stadt eine Stadt des Friedens genannt werden.

Nachdem sich die Israelis den grandiosen Sieg im Sechs-Tage-Krieg der Schlagkraft ihrer Armee und Luftwaffe zugeschrieben hatte, wies ich darauf hin, daß der Sieg im nächsten Krieg, dem „Jom-Kippur-Krieg“, nicht so eindeutig sein wird, als plötzlich am heiligen Versöhnungstag ohne Ankündigung eintausend syrische Panzer Israel von den Golan-Höhen aus attackierten. Und so geschah es denn auch. Selbst der deutsche Generalstab beschäftigte sich in einer Studie mit Israels militärischen Fehlern. Diese Studie wurde von einem deutschen Generalmajor an mich übergeben, die ich dann an den

damaligen Verteidigungsminister und jetzigen Staatspräsidenten Schimon Peres weiterleitete. Er bestätigte mit Datum vom 6. Februar 1975 auch dankend den Erhalt dieser Studie, die wir zum ersten Mal an dieser Stelle veröffentlichten. Bei dem früheren Premier Menachem Begin hatte ich das Gesetz „toschav choser“ initiiert, wonach israelische Rückkehrer nach Israel die „s'chujot“ (Privilegien) zollfreier Einfuhr ihrer Habseligkeiten erhalten, die sich länger als fünf Jahre im Ausland aufhielten. 5000 Familien hatten von diesem Angebot Gebrauch gemacht, wie mir das Einwanderungsministerium in Jerusalem mitteilte. Dieses Gesetz existiert bis zum heutigen Tage, da es leichter ist, ehemalige Bürger Israels zu integrieren als Neueinwanderer.

„Friedensmakler“ John Kerry

Wie viele „Friedensmakler“ gab es schon für die nahöstliche Region. Die US-Präsidenten Reagan, Jimmy Carter, Clinton, George W. Bush, Barack Obama, Ägyptens Präsident Sadat, der Saudi Fahd – und nun John Kerry. Wie allesamt mit ihren Friedensbemühungen scheiterten, wird auch Kerry letztendlich scheitern; auch wenn er Anfang Januar „Fortschritte“ bei seinen Verhandlungen mit Israelis und Palästinensern sieht. Seit März 2013 war dies seine zehnte Reise in die umkämpfte Region. Seinen Worten zufolge könne man sich nicht den Luxus erlauben, sich in Hindernisse zu verstricken, „die uns vom Ziel abhalten“. Und weiter fügte er hinzu: „Wir müssen hoch schauen, um zu sehen, wie wir vorankommen können!“ Mit „hochschauen“ meint Kerry jedoch nicht den Gott Israels, sondern sein eigenes Vermögen. Fast könnte man meinen, Kerry wäre ein Orientale, wenn er in blühenden Farben und von „wunderbaren Möglichkeiten“



eines Nahost-Friedens schwärmt. „Stellen Sie sich vor, wie das die Dynamik der Reise und Wirtschaft fördern würde“. Kerry schwärmt weiter von Wohlstand für Israelis und Palästinenser, denn die Vorteile wären für beide Teile „enorm“. Enorm sind jedoch bislang vor allem die Widerstände beider Seiten gegen schmerzhafteste Zugeständnisse, die eine Friedensregelung ihnen abfordern würde. Knapp vier Monate vor Ende des auf neun Monate festgelegten Zeitrahmens für die Nahost-Friedensgespräche setzt Kerry seine Verhandlungspartner weiterhin unter massiven Druck, die den Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung ebnen sollen.

Daß sich der „Friedensmakler“ sozusagen in Eigenregie betont optimistisch gibt, soll für die Partizipanten an den Gesprächen ein Anreiz zu Konzessionen gegenüber der gegnerischen Partei sein. Denn diese sehen „keine echten oder wesentlichen Fortschritte“ bei den bisherigen Gesprächen, wie der Palästinenser Jassir Abed Rabbo betont. Israelische Medien berichteten, bei Kerrys Treffen mit Netanjahu und Abbas habe es „erhebliche Spannungen“ gegeben. „Alle Kernfragen des Konflikts sind auf dem Tisch“, erklärte hierzu Kerry. Dabei versucht der Amerikaner, durch seine Reisen nach Jordanien und Saudi-Arabien, arabische Rückendeckung für Abbas zu erhalten. Dabei erinnerte Kerry an die saudische Friedensinitiative vom Jahre 2002, die zum Nachteil Israels eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und 22 arabischen und 35 muslimischen Staaten vorsah.

Zu Kerrys Eckpunkten gehören dem Vernehmen nach die Grenzen von 1967 sowie Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, was auf eine Teilung Jerusalems hinauslaufen würde. Daher lehnt beides das nationalrechtliche Lager in Israel rigoros ab. Festgehalten werden soll ebenso Is-

raels Existenzrecht als jüdischer Staat, was sowohl Abbas als auch die breite Mehrheit der Palästinenser nicht akzeptieren, weil dies die Rechte der arabisch-israelischen Minderheit untergrabe. Nicht minder brisant ist die Flüchtlingsfrage und die Zukunft jüdischer Siedlungen im biblischen Judäa und Samarien, was heute als „Westjordanland“ bezeichnet wird.

Das beabsichtigte Rahmenabkommen wollen die USA noch im Januar den Konfliktparteien vorlegen. Auf dieser Basis sollen Israelis und Palästinenser dann Details zur Umsetzung aushandeln – womöglich weit über den 29. April hinaus, an dem die im vorigen Sommer vereinbarte, neunmonatige Verhandlungsdauer endet. Jedenfalls wird bereits über eine Verlängerung des so genannten „Friedensprozesses“ spekuliert. In Ramallah würden viele lieber sehen, spätestens im Sommer neue UN-Initiativen zu starten und Israel eventuell wegen seiner Siedlungspolitik vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu ziehen. PLO-Generalsekretär Jassir Abed-Rabbo etwa tat den Kerry-Plan als „wertloses Stück Papier“ ab.

Auch in Israel regt sich Protest gegen Kerrys Vorschläge. So hat Netanjahus Koalitionspartner „Habait Hajehudi“ (Jüdisches Haus) bereits mit dem Regierungsaustritt gedroht, falls „rote Linien“ überschritten und Siedlungen wie einst im Gazastreifen im Jahre 2005 geräumt werden müßten. Selbst Abgeordnete von Netanjahus eigener Likud-Partei beteiligten sich demonstrativ an Fahrten ins Jordantal, das Israel niemals an einen Staat Palästina abtreten dürfe, um einen Waffen-transfer von Jordanien nach den Palästinenser-Gebieten zu verhindern.

Und die Haltung der Europäer zum Frieden in Nahost?

In einer Erklärung vom Jahre 1980, die übrigens in Jerusalem schockiert aufgenommen worden war, drückte sich die europäische Enttäuschung über Israels Versuche aus, die politische Landkarte durch den Siedlungsbau in den 1967 eroberten Gebieten zu verändern. Bereits damals wie auch heute sind damit die jüdischen Siedlungen das Hindernis einer Friedenslösung und werden als Verletzung des internationalen Völkerrechts angesehen. Dieser Maßstab trifft freilich nicht zu für die von der einstigen Sowjetunion annektierten Ostgebiete Deutschlands. Die jüngste Entscheidung der unseligen EU, die finanzielle Förderung von Firmen, Waren, Institutionen und Projekten in den jüdischen Siedlungen zu untersagen, hat Jerusalem wie ein politisches Erdbeben getroffen. In Israel wächst damit die Erkenntnis, daß die EU sich dieses Mal eindeutig entschieden hat, ihren Erklärungen Taten folgen zu lassen und praktische Maßnahmen zu ergreifen. Die EU besteht nun darauf, grundsätzlich zu unterscheiden zwischen ihren Beziehungen zu Israel auf der einen Seite und ihrer Haltung zur israelischen „Besetzung“ der Westbank auf der anderen Seite. Hiernach stelle die Eroberung des einst biblischen Landes, das zu den zehn verlorenen Stämmen gehörte, einschließlich des palästinensischen Ostteils Jerusalems eine fortgesetzte Diskriminierung dar – nicht jedoch der Vernichtungskrieg der arabischen Anrainerstaaten, die in eindeutiger Absicht im Jahre 1967 den Staat Israel zu vernichten beabsichtigten. Den Preis ihrer Niederlage wollten die Araber niemals anerkennen, obschon Israel aufgrund des Friedensabkommens mit Ägypten zur Zeit von Anwar el-Sadat der einstige Pharaonen-

staat die Sinai-Halbinsel von Israel zurückerstattet erhielt. Und so setzt sich die Meinung der internationalen Staatengemeinschaft fest, daß das Festhalten Israels schon aus sicherheitspolitischem Aspekt der jüdischen Höhenzüge eine Mißachtung der Menschenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes bedeute.

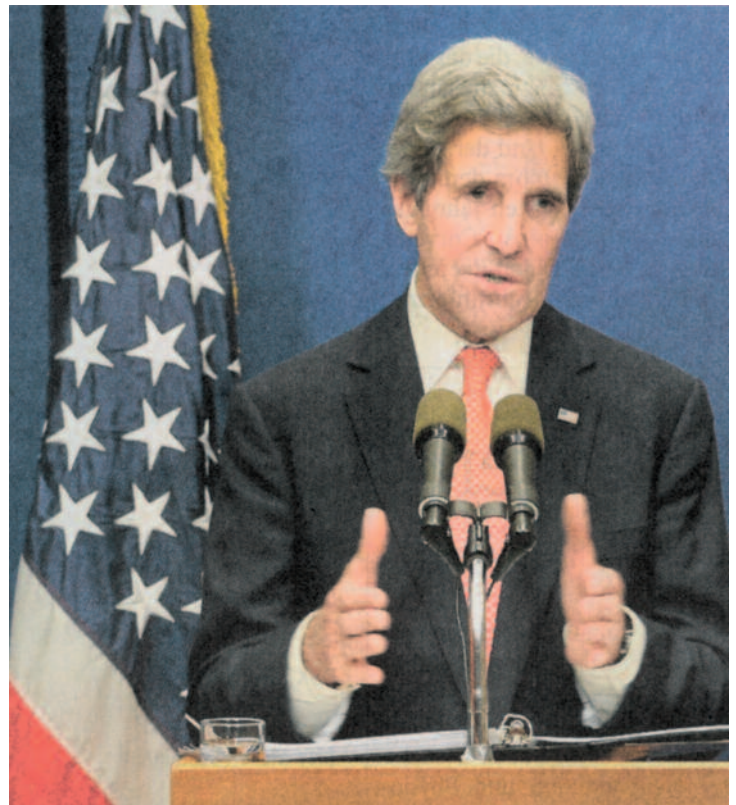
Als israelische Stadtbusse von palästinensischen Terroristen in die Luft gejagt wurden, was Israel letztendlich zum Bau der Schutzmauer veranlaßte, vermißte man eine Verklagung des palästinensischen Terrornestes durch die europäischen Staaten. Dafür läßt sich die Palästinenserin Faten Mukarker quer durch Deutschland von christlichen Gemeinden einladen, um nicht nur Israels Existenz zu beklagen, sondern zu behaupten, die Palästinenser möchten nur in Frieden leben. Würde dies tatsächlich der Fall sein und hätten die Palästinenser keinen Terror in Israel und mit den Israelis friedlich Handel betrieben, würde es heute tatsächlich einen eigenständigen Staat Palästina geben, aber bereits der Haß, der in palästinensischen Schulbüchern gegen Israel propagiert wird, führt zwangsläufig zu einem fortwährenden Haß, der sich im Terror Bahn macht. Kein Wort wird darüber verlautet, daß Israel erneut palästinensische Mörder aus israelischen Gefängnissen entlassen hat und diese wie Helden in der Westbank gefeiert wurden. Die Freudenfeiern nach der Freilassung der palästinensischen Häftlinge aus israelischen Gefängnissen unterscheiden sich in keinem Maße von all jenen bei vorherigen Anlässen. Die Gefühle über diese moralische Ungerechtigkeit sehen die Palästinenser als gerechtfertigt an, denn in jedem Krieg geht man mit Partisanen und Terroristen nicht zimperlich um. Humanitäre Aktionen dieser Art verleiten zu neuem Terror, da

man ohnehin eines Tages mit Freilassung rechnen kann. Sollte dies der Preis für den vorsätzlichen Mord an Zivilisten sein, dann verlieren derartige „Friedensgespräche“ ihren moralischen Wert.

Sogar eine Pfarrgruppe aus Guntersblum hatte sich zu einer zehntägigen Reise nach Israel aufgemacht, um dabei die Familie Mukarker im palästinensischen Beth-Jala zu besuchen. An der judenchristlichen Einrichtung des ZeLeM-Vereins im gleichnamigen Ort herrscht hingegen kein Interesse. Vielmehr lehnte der Ortspfarrer Hoffmann der evangelischen Kirche in Guntersblum ein Israel-Referat unter Bezugnahme auf seine Landeskirche ab, die ja die Evangeliumsverkündigung gegenüber den Juden, wie der Ratsvorsitzende der EKD auch, verweigert.

Eine friedliche Lösung des Konflikts ist eine bilaterale Angelegenheit, wobei sichergestellt sein muß, daß offene Grenzen zu Israel nicht erneut zu Terroraktionen führen, zumal es zum Bestreben fanatischer Palästinenser gehört, als „schachid“ (Märtyrer) zu enden. In vielen palästinensischen Haushalten prangen Plakate mit so genannten „Märtyrern“, die das Leben israelischer Zivilisten auf dem Gewissen haben. Solche Glorifizierung von Menschen, die vorsätzlich gemordet haben, weil dies nach

ihrem Koran für geboten erscheint, ist tatsächlich eine Verachtung aller denkbaren Menschenrechte. Hinzu kommt noch, daß es keinen Konsens zwischen der „Fatach“ in der Westbank und der fanatischen „Chamas“ im Gazastreifen im vermeintlichen Friedensprozeß gibt. Ein solcher Palästinenserstaat würde somit nur mittels eines Korridors durch israelisches Staatsgebiet verbunden sein, was voraussetzen würde, daß auch die militante „Chamas“, die fast täglich noch immer Raketen auf israelische Städte abschießt, ihre Kriegshandlungen und Tunnelbauten definitiv einstellt, was nicht zu erwarten ist, denn Chanije von der „Chamas“ erklärte, sich mit Israelis nicht an einen Tisch setzen zu wollen. Im Übrigen erkennt er den Staat Israel gar nicht an. Daher meidet Herr Kerry auch einen Besuch in Gaza, weil dies aussichtslos wäre. Und so lange die palästinensische Westbank eben nur ein Rumpfstaat ist, werden auch jüdische Siedlungen weitergebaut werden. Daß die Möglich-



„Friedensmakler“ John Kerry wird genauso scheitern wie seine prominenten Vorgänger ebenso

keiten für einen künftigen Palästinen-
erstaat praktisch zunichte
gemacht werden, verdanken die
Palästinenser der Uneinigkeit von
„Fatah“ und „Chamas“. Europa
sollte daher seine Signale an die
Adresse in Ramallah und Gaza
schicken und nicht nach Jerusa-
lem. Die Verweigerungshaltung
ist bei der „Chamas“ zu suchen
und auch bei der „Fatah“ mit
ihren überzogenen Forderungen,
die am liebsten ihre verlorenen
Kriege und territorialen Verluste
ungeschehen machen möchte.

Der Sieg aus dem Jahre 1967
war ein Teil der Erfüllung göttli-
cher Verheißungen, die im Alten
Bund bereits in Aussicht gestellt
wurden (Hes. Kap. 37). Hieran et-
was ändern zu wollen, würde die
Verschuldung der Völker – vor
allem auch Deutschlands – wei-
ter vergrößern. Ich stehe ein für
die Erhöhung meines Gebetes
vom 21. Mai 1967 auf dem Berg
Zion. Schalom käme nicht da-
durch zustande, indem Israel das
Gebiet von Judäa und auch Ost-
Jerusalem erneut den Arabern
überließe. Im Gegenteil, es wäre
eine Einladung für radikale isla-
mistische Kräfte, sich nicht nur in
Syrien, sondern nun auch in der
Westbank zu installieren, um das
Kernland von Tel Aviv, die Schar-
on-Ebene sowie den Internationa-
len Flughafen mit Raketen be-
schießen zu können. Jeder israe-
lische Regierungschef würde um-
gehend abgewählt werden, der
auf Kosten von Israels Sicherheit
hier Zugeständnisse an die Palä-
stinenser machen würde. Das
Beispiel der Nachgiebigkeit im
Falle der Räumung des Gaza-
streifens von jüdischen Siedlun-
gen hat Israel belehrt, daß da-
durch kein Frieden in die Region
einkehrt, sondern Israel gegeb-
enfalls mit Raketenangriffen zu
rechnen hätte. Ein tragfähiger
Beitrag für einen dauerhaften
Frieden müßte freilich anders
aussehen.

Al-Qaida in den Palästinen- ergebieten

Ähnlich wie in Syrien unter
den Rebellen hat sich auch in
den Palästinenergebieten eine
radikale Kraft gebildet, die sich
„Hisb ut-Tahrir“ (Befreiungspartei)
bezeichnet. Diese gehört zur Be-
wegung der Salafisten, die auch
inzwischen in Deutschland agi-
tiert. Unter den vielen Flüchtlin-
gen aus Syrien, die in Deutsch-
land um Asyl nachsuchen, befin-
den sich nicht nur militante Sala-
fisten, sondern auch Anhänger
der berüchtigten Al-Qaida. Wie
einst der Anführer der Terroristen,
die für die Anschläge am 11. Sep-
tember 2001 auf das World-Trade-
Center in New York und das
Pentagon verantwortlich waren,
plante Mohammed Ata von Ham-
burg aus den fast 3000-fachen
Tod unschuldiger Zivilisten in den
USA. Deren Zynismus ist unüber-
troffen und zeigt die Unkalkulier-
barkeit dieser Unmenschen.

Inzwischen sind diese Ele-
mente auch in der Patriarchen-
stadt Hebron angekommen. Bei
zwei Großdemonstrationen in der
Westbank nahmen Tausende Sa-
lafisten mit den schwarzen Fah-
nen der Al-Qaida teil. Deren Haß
richtet sich nicht nur auf Israel,
sondern auf jede Art von Autorität-
en. Sie lehnen sämtliche Gren-
zen und Verhandlungen ab. Ih-
nen geht es ausschließlich um
die Errichtung eines islamischen
Kalifats im Nahen und Mittleren
Osten. Al-Qaida, die darauf war-
tet, nach Abzug der alliierten
Truppen die Herrschaft in Afgha-
nistan in diesem Jahr zu über-
nehmen, mischt mit unter den sa-
lafistischen Rebellen in Syrien,
Libanon und dem Rest der arabi-
schen Staaten, denen auch die
feudalistischen Staaten, wie Ku-
wait, Saudi-Arabien, Katar und
die Vereinigten Emiraten, ein
Dorn im Auge sind.

Im Dezember verkündete die
Al-Qaida-Bewegung ihre erste
Niederlassung im einstigen Ju-

däa und Samaritanien. Israels Armee
liquidierte unterdessen drei ihrer
Allah-Krieger, von denen sogar
deutsche Theologen (Peter Bey-
erhaus) davon ausgehen, daß Al-
lah die gleiche Gottheit sei wie
der von uns verehrte Gott der Bi-
bel. Al-Qaida schwor inzwischen
Rache für den Tod ihrer drei Ge-
folgsleute. Offensichtlich drang
diese Neuigkeit nicht bis zur NSA
in Washington, wenn Herr Kerry
den Israelis zumuten möchte,
Frieden mit den Palästinensern
zu machen, die nicht einmal
Übersicht über ihre eigenen Trup-
pen haben. Ohne die ständige
Präsenz der israelischen Armee
wären im Verlauf einiger Tage die
Gebiete der Westbank Salafland.
Dabei plant die palästinensische
Führung den Zuzug von Hundert-
tausenden oder gar Millionen von
Flüchtlingen aus den Nachbar-
ländern, so daß sich dann unkon-
trolliert eine ganze subversive Ar-
mee von Al-Qaida-Kämpfern eta-
blieren würde. Denkt Frau Ashton
als Außenbeauftragte der EU
überhaupt an diese Konsequen-
zen? Oder auch Präsident Oba-
ma im fernen Washington? Es
sind schlichtweg „Traumtänzer“,
die noch immer nicht wissen, mit
welchen Gegnern Israel zu tun
hat. Daher leiten wir unsere Be-
richte in hebräischer Sprache
auch Premier Netanjahu weiter!

Und was geschieht mit den
Christen in dieser Region? Ein
wachswieher Papst Franziskus I.,
der jüngst die Muslime mit „meine
Brüder und Schwestern“ an-
sprach, weiß offensichtlich nicht,
was er da sagt. Mit anderen Wor-
ten: Es gibt kein Bollwerk (mehr)
gegen die Invasion aus dem isla-
mistischen Morgenland. Es ge-
nügt nicht, daß die Gemeinden in
Kleinasien heute fest in den Hän-
den der Muslime sind und die by-
zantinische Ostkirche von den is-
lamischen Horden in Konstanti-
nopol zerstört wurde. Daher ist es
von den Christen in der West-
bank unverstündlich, die Schuld
an ihrer Misere Israel zuzuschie-

ben, weil sie Angst haben vor der Oppression ihrer muslimischen Mitbürger. Man sieht es an den wenigen Christen im Gazastreifen, die gänzlich vom Wohlgefallen der muslimischen Mehrheit in einem rechtlosen Zustand leben. Nicht nur die verfolgten Kopten in Ägypten, auch die Nonnen im Maloula-Kloster, nördlich von Damaskus, können ein Lied von der angeblichen Friedfertigkeit des Islam singen. Die salafistische Bewegung, die selbst auf deutschen Marktplätzen Werbung für ihre zerstörerischen und antidemokratischen Ziele macht, arbeitet subversiv mit allen nur denkbaren Mitteln im Libanon, Ägypten, Afghanistan, Pakistan, Irak, Nord-, Mittel- und Westafrika.

US-Außenminister Kerry meidet alle diese Stätten, weil er nur in Israel mit seiner Regierungsmaschine sicher landen kann. Wenn der Expansionsprozeß dieser menschenverachtenden Islamisten weitergeht, wird Herr Kerry bald in Ramallah nicht mehr sicher sein. Daher ist es so wichtig, daß unsere BNI-Zeitschrift einen möglichst großen Leserkreis erreicht, denn all das Palaver über Israel als sicherster Platz der Welt entspricht nicht der Wahrheit.

US-Präsident Obama als „Lügenapostel“?

Das Weiße Haus ignorierte die Möglichkeit, daß Dihadisten das Giftgas „Sarin“ herstellen könnten. In den Wochen vor dem Giftgas-Einsatz am 21. August 2013 hatten die US-Geheimdienste in mehreren streng geheimen Berichten festgehalten, daß auch die islamistische Al-Nusra-Front in der Lage sei, größere Mengen Sarin zu produzieren. Al-Nusra steht bekanntlich der Al-Qaida nahe. In seiner TV-Ansprache am 10. September hatte Obama jedoch so argumentiert, wonach der Nachweis von Sarin durch

Geheimdienst-Agenten und UN-Inspektoren das Assad-Regime als Täter identifizierte. Diese Fehleinschätzung benutzte Obama, sich ausgerechnet auf die Seite der Rebellen zu schlagen, die durchsetzt sind von Al-Qaida-Kämpfern. Damit ist der Beweis erbracht, daß der Bürgerkrieg in Syrien die Grenzen der NSA überschritten hat. Aus uns vorliegenden Informationen habe es zwischen dem 20. und 22. August in den täglichen Briefings (Kurzmitteilungen) der Geheimdienste für Obama keine einzige Info über Syrien gegeben. Daher erfuhr das Weiße Haus genauso schnell wie Herr Jedermann, was sich in den Randbezirken der Hauptstadt Damaskus abspielt. Aus einigen Dokumenten, die der Whistleblower Edward Snowden publik gemacht hat, geht hervor, daß die NSA nicht mehr die Kommunikation im Büro von Syriens Präsident Baschar al-Assad überwachen konnte. Die NSA zeichnet zwar den Funkverkehr zwischen syrischen Militäreinheiten auf, doch dieser wird nach Bedarf analysiert.

Die Mainstream-Medien versagen, weil sie die Angaben des Weißen Hauses fraglos übernehmen, was vor allem an den deutschen Medien auffällt und auch die desaströse EURO-Wirtschaftspolitik betrifft, denn auch die neue Koalitionsregierung in Berlin macht sich keine Gedanken darüber, wie man vom aufgelaufenen Schuldenberg in Höhe von 2,2 Billionen Euro wieder herunterkommen kann. Dafür aber betont Kassenchef Schäuble, im nächsten Jahr 2015 keine weiteren Schulden mehr machen zu wollen. Die Milliarden aus dem ESM-Vertragswerk an die maroden südeuropäischen Volkswirtschaften bleiben indes unerwähnt. Scheinbar lassen sich die Bürger Deutschlands gern für dumm verkaufen, wenn nach jüngsten Umfragen die CDU mit 43 Prozent der Stimmen rechnen könnte.

Wer unter den lebenden Politikern kann für Israels Sicherheit garantieren?

Wie also denken die USA, Israels Sicherheit unter den vorliegenden Verhältnissen garantieren zu können? Denn trotz des vorgetäuschten Optimismus von John Kerry wissen Eingeweihte, daß die bisherigen Gespräche als gescheitert zu betrachten sind. Niemand kann wirklich daran glauben, daß nach der Existenz eines Palästinenserstaates die Israelis die gleichen persönlichen Sicherheiten genießen könnten wie in der Gegenwart. Gerade die Amerikaner hören mit ihrer NSA alle Gespräche von befreundeten Staaten unter dem Vorwand ihrer Sicherheit ab. Daher würden sich die Amerikaner von keinem anderen Staat vorschreiben lassen, was zu deren Sicherheit unabdingbar ist. Denn Fragen, wie eine endgültige Grenzziehung zwischen Israel und einem Palästinenserstaat, die Flüchtlingsfrage, die erneute Teilung Jerusalems, der Verzicht auf weitere Ansprüche und Terroraktionen, sind Hürden, die unmöglich realisierbar sind, weil schon allein eine erneute Teilung Jerusalems kein israelischer Regierungschef politisch überleben würde. Daher trat der bisherige palästinensische Verhandlungsführer Saeb Erekat von seiner Aufgabe zurück. Selbst die moderate Ziti Livni auf der israelischen Seite ist zu weitgehenden Zugeständnissen nicht bereit. Es reicht nicht einmal zu einem Interim-Abkommen. Hinzu kommt noch, daß die Palästinenser in der Westbank selbst zunehmend von Antikräften unterwandert werden, denn eine zu große Konzession gegenüber den Israelis bedeutet Kollaboration mit dem israelischen Feind. Machmud Abbas müßte um sein Leben fürchten, wenn er den israelischen Bedingungen entspräche. Washington liegt nun einmal nicht in Jeru-

salem, und daher können die Amerikaner hier nur beratend tätig sein, aber hinsichtlich Israels Sicherheit keine Forderungen stellen. Daß die Bereitstellung von UN-Beobachtern keinen Frieden gewährleisten können, sahen wir sowohl an der libanesisch/israelischen als auch an der syrisch/israelischen Grenze auf den Golan-Höhen. Die Blauhelme hatten nicht einmal beobachtet, daß die berüchtigte „Hisb-Allah“-Armee entlang der Grenze zu Israel Tunnelanlagen anlegte, in denen Kommunikationseinrichtungen und Raketenstellungen installiert waren. Und was eine ähnliche Entwicklung an der jordanisch/israelischen Grenze angeht, so wäre es Aufgabe der jordanischen Sicherheitsbehörde dafür zu sorgen, daß kein Waffenschmuggel zu den Palästinensergebieten erfolgt. Aber wo waren denn jemals die libanesischen und syrischen Sicherheitskräfte, die für Ruhe an ihren Grenzen sorgten? Wer sollte finanziell für eine mit Stacheldraht und Überwachungskameras ausgestattete Grenze vom See Genezareth entlang dem Ostufer des Toten Meeres und die Arava bis nach Elath aufkommen? Auf bona fides (guten Glauben) an die jordanischen Behörden kann sich keine israelische Regierung verlassen. Die Amerikaner scheinen dabei vergessen zu haben, daß Jordanien für den Sechstage-Krieg im Jahre 1967 genauso verantwortlich war wie Ägypten. Verlässliche Partner gibt es nicht im Nahen Osten. Das Regime von König Abdullah II. in Amman kann genauso gestürzt werden wie das des Mahmud Abbas in Ramallah. Schließlich haben die Aufstände in Ägypten, Libyen, Tunesien und Algerien bewiesen, wie kurzlebig die dortigen Regime sind, wenn fanatisierte muslimische Horden gegen demokratische Verhältnisse anstürmen. Und der naive Westen spricht dann noch vom „arabischen

Frühling“, was wir von vornherein in unseren Veröffentlichungen als Fata Morgana bezeichneten. Garantien für einen dauerhaften Frieden an Israels Grenzen kann niemand geben! Al-Qaida-Aktivisten sehen sich als Vertreter und Kämpfer des islamischen Eroberungswillens. Sie verachten die internationalen Spielregeln der Staatengemeinschaft, da nur sie die wahren Gläubigen an Allah und dessen (falschen) Propheten Mohammed sind. Alle Welt hat sich ihrer Meinung nach dem Koran zu unterwerfen.

Niemand kann zudem dafür garantieren, daß nicht auch in der Westbank durch Chamas- und Al-Qaida-Aktivisten Terror entstehen kann, der dann auch auf Israel überschlägt. Daß dies noch nicht geschah, ist einzig und allein dem israelischen Geheimdienst und der Truppenpräsenz der Israelis in diesen Gebieten zu verdanken. 80 Prozent sämtlicher Anschläge in der Westbank auch gegen Personen und Einrichtungen der Palästinenser wurden durch die israelischen Sicherheitsorgane vereitelt. Daher nimmt sich der Staat Israel das Recht heraus, auch in den Palästinensergebieten für Ruhe und Ordnung zu sorgen, was damit auch die Präsenz der israelischen Ordnungskräfte auf palästinensischem Territorium voraussetzt. Die instabile Lage verlangt dies geradezu, so daß die ständige Klage der Palästinenser von der israelischen „Besatzungsmacht“ ungerecht und undankbar ist. Die Palästinenserbehörde ist nicht einmal in der Lage, den Terror auf ihrem eigenen Territorium zu unterbinden. Und geschieht tatsächlich ein Anschlag, so wird dies flugs den Israelis in die Schuhe geschoben. Was also würde geschehen, wenn sämtliche palästinensische Flüchtlinge in Libanon, Syrien und Jordanien nach der Westbank zurückkehrten und mit ihnen sämtliche talibanischen und

salafistischen Unruhestifter? Daß die Amerikaner Naivlinge in ihrer Politik sind, haben sie sowohl im Korea-, als auch im Vietnam- und Irak-Krieg bewiesen. Aber die Politiker in Europa sind ebenso Greenhorns in der Einschätzung der äußerst diffizilen Lage im Nahen und Mittleren Osten, was man auch an der verfehlten Afghanistan-Politik ablesen kann.

Was wundert's einen, wenn in Deutschland eine ehemalige Assistenzärztin auf einmal Verteidigungsministerin wird, die nicht einmal die Dienstgrade unterscheiden konnte? Israel kann es sich nicht leisten, sich auf eine Politik von Hasardeuren und Dilettanten zu verlassen, die in ihren Ländern in Frieden und Freiheit unbehelligt leben. Denn gerade dort im vermeintlichen Heiligen Land formiert sich der globale Dihad, einem „Heiligen Krieg“, inszeniert von Psychopathen, die hinter Gittern gehören. Niemand könnte dann noch etwas für Israels Sicherheit tun, denn selbst der Einsatz von taktischen Atomwaffen auf solch engem Raum würde auch den israelischen Lebensraum atomar verseuchen. Niemand kann erwarten, daß palästinensische Ordnungskräfte in der Lage wären, subversiven Aktivitäten von Salafisten und Taliban Widerstand zu leisten. Ihre Gefängnisse sind gar nicht darauf eingerichtet, gefährliche Terroristen zu inhaftieren, wobei dann auch Geiselnahmen zu erwarten wären, um inhaftierte Gesinnungsgenossen freizupressen.

Zur Überwachung seiner Außengrenzen und seines Luftraumes benötigt Israel zudem Radar- und Überwachungsstationen auf den jüdischen Höhenzügen, die in den palästinensischen Gebieten liegen. Nur so können anfliegende Raketen rechtzeitig geortet und infiltrierende Terroristen ausgemacht werden. Al-Qaida, die sich bereits in Syrien in Form der „Jabhat al-

Nusra“ mit annähernd 10.000 Mann etabliert hat, verfügt bereits über moderne Waffen aus den Arsenalen der syrischen Armee. So ist nicht auszuschließen, daß diese Terroristen auch Zugang in die Westbank finden werden. Demgegenüber lehnen die Palästinenser die Präsenz von israelischen Truppen im Falle eines eigenen Staatswesens auf ihrem Hoheitsgebiet kategorisch ab. Problematisch wird es darüber hinaus, wenn israelischen Aufklärungsflugzeugen der palästinensische Luftraum ebenfalls gesperrt würde. Denn eine volle Souveränität schließt bekanntlich den Luftraum mit ein. Israel könnte somit anfliegende feindliche Flugobjekte und –projekte nicht attackieren. Palästinensische Radio-Stationen könnten ferner das Kommunikationssystem des internationalen israelischen Flughafens sabotieren oder mindestens stören. Und so verbleiben die kritischen Hauptpunkte für eine Friedenslösung mit den Palästinensern:

1. Was muß getan werden bei einem Umsturz (Coup) auf palästinensischem oder jordanischem Territorium?

2. Was wird geschehen, wenn die amerikanische Administration Israel gegenüber Informationen vorenthält oder Informationen aus Jerusalem nicht an internationale Überwachungsmechanis-

men weiterleitet, um verhängnisvolle Fehlentscheidungen zu vermeiden (wie beispielsweise im Falle Irans geschehen)?

3. Wie sollte das Regime im Gazastreifen in ein solches Agreement eingebunden werden und wie soll eine Passage zwischen der Westbank und dem Gazastreifen aussehen?

Solange hier keine Antworten auf diese vitalen Fragen gefunden werden, bleibt eine Friedensregelung in der nahöstlichen Region eine Illusion. Eine Interimslösung ist keine Lösung. Um jedoch wirklich zu einer Konsolidierung im Friedenspoker zu kommen, müßten die Muslime ihre israelifeindliche Gesinnung ablegen, was nicht zu erwarten ist.

Fathi Hamad in seiner Funktion als Außenminister der radikalislamischen „Chamas“ im Gazastreifen geht offen davon aus, daß der Staat Israel in acht Jahren vernichtet sein wird. Seine martialischen Worte lassen nichts Gutes erwarten: „Wir sind mit allen unseren Führern und Soldaten hinter den Zionisten her. Ihnen bleiben nur noch acht Jahre im Land Palästina, dann kommt ihr Untergang“. Das Ziel der Chamas-Bewegung sei es, den Islam weltweit zu verbreiten. Die vergangenen Rückschläge seien vergessen: „Wir sind an der Schwelle einer islamischen Zukunft und wir werden unser Land

befreien“. Dafür etablierte die Chamas-Regierung Trainingslager für Selbstmordattentäter. In einem Fernsehbeitrag feierte man den Abschluß der paramilitärischen Trainingslager für Heranwachsende mit dem Ziel, „in die Fußstapfen der künftigen Schachidim (Märtyrer) zu treten.“ Die Lager der „Pioniere der Befreiung“ wurden von 13.000 Schülern der Klassen 10 bis 12 besucht und der Haß auf Israel geschürt. Der Lehrplan umfaßt Waffentraining, Erste-Hilfe-Kurse, Selbstverteidigung, Marschübungen sowie Kurse für die Aufdeckung israelischer Spione. Bei all diesen Aktionen ist man an die Hitler-Jugend erinnert, die zum Kanonenfutter heran erzogen wurde. Und in der Tat findet man auf den arabischen Landkarten noch immer keinen Staat Israel eingezeichnet. Dies sind fürwahr keine guten Aussichten, die US-Präsident Obama und sein Erfüllungsgehilfe Kerry zu verdrängen versuchen. Aber Israel ist einer Realität gegenübergestellt, wo es um Sein oder Nichtsein geht. Daß dieser arabische Wunschtraum einer Vernichtung des Staates Israel nicht Realität werden wird, dafür wird letztendlich Gott selbst sorgen, aber wohl kaum die internationale Staatengemeinschaft.

Klaus Mosche Pütz

Nachschlageverzeichnis

Wer sich für eine **Themenübersicht** über unsere bisher erfolgten BNI-Veröffentlichungen interessiert, kann bei uns ein **umfangreiches Nachschlageverzeichnis** anfordern.

Darin enthalten sind auch die bisher veröffentlichten Bibelauslegungen sowie Themen aus Vorträgen und Seminaren auf **Tonkassetten** aufgezeichnet. Eine Auflistung unseres Kassettendienstes finden Sie in dem Nachschlageverzeichnis, wobei die Themen der 316 Kassetten ebenfalls darin enthalten sind. Mit diesem Angebot erhalten Sie die Möglichkeit, sich umfassend über nicht nur politische Entwicklungen im Nahen Osten, sondern auch über theologische, endzeitliche und gesellschaftliche Probleme zu informieren. Das Wort Gottes sollte uns eine Leuchte auf unserem Wege sein (Psalm 119,105).